

Vorlage Federführende Dienststelle: Bezirksamt Aachen-Laurensberg Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: BA 5/0104/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 17.10.2019 Verfasser:	
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2019 (öffentlicher Teil)		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
27.11.2019	Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg genehmigt die Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg vom 25.09.2019 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift vom 25.09.19 (öffentlicher Teil)

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bezirksbürgermeister Gilson eröffnet um 17.30 Uhr die Sitzung der Bezirksvertretung Laurensberg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert er die Bezirksvertretung darüber, dass TOP 7 aufgrund weiteren Beratungsbedarfes von der Verwaltung zurückgezogen wird.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen.

zu 2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Bezirksvertretungsmitgliedes

Vorlage: BA 5/0101/WP17

Herr von Conta wird von Bezirksbürgermeister Gilson als neues Mitglied der Bezirksvertretung eingeführt und verpflichtet sich mit der vorgeschriebenen Erklärung und dem Zusatz „so wahr mir Gott helfe“ zur Wahrnehmung seines Mandats.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.07.2019 (öffentlicher Teil)

Vorlage: BA 5/0098/WP17

Die Niederschrift der Sitzung vom 04.07.2019 –öffentlicher Teil- wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

zu 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner in bezirklichen Angelegenheiten

Es wurden keine Fragen vorgetragen.

zu 5 Vorstellung der privaten Grundschule und Kindertagesstätte "Dreieins", Hander Weg

Frau Liedtke, Leiterin der privaten Schule und Kindertagesstätte „Dreieins“ sowie Frau Staubesand stellen der Bezirksvertretung das pädagogische Konzept der Einrichtung vor.

Zu den von Herrn Kusch, Herrn Krenkel, Frau Schmitt-Promny, Frau Pütmann und Herrn von Conta aufgeworfenen Fragen legen sie dar, dass derzeit insgesamt 29 Schüler*innen an der Schule unterrichtet werden.

Bis einschließlich 3. Klasse erhalten die Schüler*innen keine Hausaufgaben, welche nach dem Konzept erst ab Klasse 4 zu bearbeiten sind und im Rahmen des Nachmittagsunterrichtes bearbeitet werden sollen. Vorrangiges Ziel der Schule sei es, die Kinder auf den Besuch des Gymnasiums vorzubereiten und das kreative Handeln durch die Verankerung verschiedener Kreativitätsfächer zu stärken, welches ermögliche, die kognitiven, sprachlichen und musischen Kompetenzen der Kinder gezielt auszubilden.

Da das schulische Konzept vorsieht an zwei Tagen den Unterricht früher zu beenden, bleiben den Kindern ausreichend Zeit für andere Aktivitäten und gewährleistet somit die Chance der Kinder auf freie Entfaltung. Auf den Standort Aachen wurde man aufmerksam durch das Förderprojekt zur freien Förderung des Bildungsbüros, so dass neben dem Standort Berlin nunmehr der Standort Aachen realisiert werden konnte.

Frau Liedtke legte Wert auf die Feststellung, dass man sich ausdrücklich nicht als Konkurrenzeinrichtung zu den anderen Schulformen verstehe sondern sich als ergänzende Einrichtung im Rahmen der Bildungslandschaft verstehe. Durch die Vergabe von Stipendien erreiche man, dass auch Kinder diese Schule besuchen können, wenn die anfallenden Kosten nicht aufgebracht werden könnten. Derzeit ist an der Aachener Schule ein Stipendium, welches aus finanziellen Mitteln der Schule finanziert wird, vergeben.

Die Kosten für die Unterrichtsteilnahme sind abhängig von der in Anspruch genommenen Leistung und betragen für das erste Kind zwischen 450,- bis 550,- €.

zu 6 Bebauungsplan Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik -

hier:

- **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB**
- **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB**
- **Aufstellungs- und Offenlagebeschluss**

Vorlage: FB 61/1281/WP17

Frau Ohlmann informiert die Bezirksvertretung über den aktuellen Sachstand und gibt weitere Erläuterungen zur Vorlage.

Frau Perschon möchte wissen, wie weitere Ersatzpflanzungen von Bäumen vorgenommen werden können.

Frau Ohlmann erläutert die weitere Vorgehensweise und legt dar, dass Ersatzpflanzungen, welche nicht im originären Bereich vorgenommen werden können, im Rahmen eines sogenannten Ökokontos für andere Flächen vorzusehen sind.

Herr Seidel von der Uniklinik gibt hierzu ergänzend die Information, dass die Ersatzpflanzungen der noch fehlenden Bäume im Bereich der Eupener Straße erfolgen werde; entsprechende Verträge wurden bereits abgeschlossen.

Weiterhin fragt Frau Perschon nach, inwieweit die erheblichen Auswirkungen, welche lt. Klimagutachten durch den Bau des Parkhauses entstehen, durch eine geplante Fassadenbegrünung und Dachbepflanzung kompensiert werden können.

Hierzu erläutert Frau Ohlmann, dass lt. Stellungnahme des Fachbereiches Umwelt der Neubau des Parkhauses als verträglich eingestuft wurde und die geplanten Maßnahmen ebenfalls bereits vertraglich festgelegt wurden.

Herr Kusch führt aus, dass die jetzt vorgenommen Neupflanzungen im Bereich der Uniklinik sehr positiv von den Anwohnern betrachtet werden. Er fragt nach, wann die jetzt in der Kullenhofstraße laufende Tiefbaumaßnahme beendet werde, da hierdurch erhebliche Einschränkungen entstehen. Zur ebenfalls durch Herrn Kusch vorgetragenen Frage, wann mit einem Baubeginn des Parkhauses zu rechnen sei, wird Frau Ohlmann entsprechende Informationen einholen und diese kommunizieren. Mit einem Abschluss der laufenden Baumaßnahme ist nach Aussagen von Frau Ohlmann in ca. 3 Wochen zu rechnen.

Frau Schmitt-Promny möchte wissen, was mit den fehlenden Ersatzpflanzungen von Bäumen passiere. Hierzu bekundet Frau Ohlmann, dass aufgrund der intensiven Flächennutzung im Planbereich keine weiteren Pflanzungen erfolgen können. Frau Pütmann regt an zu prüfen, ob diese Ersatzpflanzungen ggfs. im Dorbachtal erfolgen könnten.

Frau Ohlmann verweist darauf, dass das Konzept hinsichtlich der Ersatzpflanzungen bereits im Umweltausschuss beschlossen wurde und gibt zu bedenken, dass Baumpflanzungen im Dorbachtal die Kaltluftzufuhr beeinträchtigten.

Die von Herrn Krenkel aufgeworfene Frage, wie die Parkmöglichkeiten für Anwohner sich bei Baubeginn des Parkhauses darstellen, kann derzeit noch nicht beantwortet werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und der Behörden gemäß § 4 Abs.1 BauGB zur Kenntnis.

Sie empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur frühzeitigen Beteiligung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Des Weiteren empfiehlt sie dem Planungsausschuss, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik - in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung:

Enthaltung:-----

zu 7 Änderung Nr. 143 des Flächennutzungsplanes 1980 Kullenhofstraße/ Neuenhofer Weg Bebauungsplan Nr. 977 Kullenhofstraße/ Neuenhofer Weg

hier:

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB

- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/1280/WP17

Frau Ohlmann erläutert die Verwaltungsvorlage.

Auf Nachfrage von Frau Schmitt-Promny, ob durch die geplanten Maßnahmen damit zu rechnen sei, dass Wohnfläche wegfällt, antwortet sie, dass nach jetzigem Kenntnisstand nicht davon auszugehen ist, dass Wohnraum wegfallt.

Ergänzend legt Herr Seidel, Uniklinik Aachen, dar, dass keine Absicht bestehe, das Schwesternwohnheim aufzugeben und dieser Wohnraum erhalten bleibe.

Zusätzlich bittet Frau Schmitt-Promny um Beantwortung der Frage, ob bei Realisierung der Maßnahmen weiterhin die Möglichkeit bestehe, eine Trasse für eine gfls. noch zu planende Stadtbahn einzurichten.

Frau Ohlmann erklärt hierzu, dass die öffentlichen Flächen nicht überplant werden und für diesen Zweck zur Verfügung stünden.

Herr Kusch möchte wissen, ob die in früheren Diskussionen angedachte Anbindung der öffentlichen Grünfläche an die privaten Grünbereiche weiterhin Bestand habe.

Frau Ohlmann sichert zu, dies intern abzuklären und die Bezirksvertretung zu informieren. Außerdem bietet sie an, in der Bezirksvertretung zukünftig über wesentliche Entwicklungen im Plangebiet zu berichten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und der Behörden gemäß § 4 Abs.1 BauGB zur Kenntnis.

Sie empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur frühzeitigen Beteiligung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Des Weiteren empfiehlt sie dem Planungsausschuss, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg - in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

Außerdem empfiehlt sie dem Planungsausschuss, die öffentliche Auslegung der Änderung Nr. 143 des Flächennutzungsplanes 1980 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg – in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung:

Enthaltung:---

zu 8 Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 895 - Strüverweg / Stockheider Mühle -

hier: Aufhebungsbeschluss

Vorlage: FB 61/1259/WP17

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

zu 9 Parkraum- Bewirtschaftung auf dem Grundstück des ehem. Zollgebäudes, Vaalser Straße

Vorlage: FB 23/0578/WP17

Herr Kusch regt an die Bedienpflicht des Parkscheinautomaten nicht wie vorgeschlagen bis 21.00 Uhr sondern in der Zeit von 09.00 – 19.00 Uhr festzusetzen.

Nach kurzer Aussprache fasst die Bezirksvertretung Laurensberg folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung nimmt die Parkraum-Bewirtschaftung auf dem Grundstück des ehem. Zollgebäudes zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Bedienpflicht des Parkscheinautomaten für die Zeit auf 09.00 Uhr – 19.00 Uhr festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

einstimmig

--

2

zu 10 Bewohnerparken "Kullen"

hier: Erhebung der Parkplatzbelegung

Vorlage: FB 61/1272/WP17

Frau Kirchbach, FB 61, erläutert die Vorlage und informiert darüber, dass eine Umsetzung des zur Diskussion stehenden Bewohnerparkens voraussichtlich im Mai 2020 erfolgen könne.

Auf Nachfrage von Herrn Kusch ob eine Einschränkung des Bewohnerparkens hinsichtlich der Zeiten erfolgen könne, erläutert sie, dass die Möglichkeit bestehe, den Bereich in die Tarifzone II einzustufen, welche eine Bedienpflicht des Parkscheinautomaten Montags bis Freitag bis 19.00 Uhr und an Samstagen bis 14.00 Uhr vorsehe.

Frau Perschon legt dar, dass der jetzt bestehende Parkdruck vorwiegend durch Fremdparker erzeugt werde und sieht ebenso wie Herr Knörzer, Herr Kusch und Frau Schmitt-Promny die Gefahr, dass sich das Parken in den Bereich der Naturgebiete verlagern werde, was heute schon teilweise festzustellen sei.

Übereinstimmend wird die Auffassung vertreten, dass bei Einführung des Bewohnerparkens die Erfordernis der regelmäßigen Kontrolle gegeben sei, welches sich nicht nur auf die Bewohnerparkzone beschränken dürfe sondern auch auf die Nebenstraßen ausgeweitet werden müsse.

Frau Kirchbach antwortet hierzu, dass eine Kontrolle durch die Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes regelmäßig erfolgen werde. Sie sieht in der Einführung des Bewohnerparkens als primäres Ziel eine Verbesserung für die Anwohner und weist darauf hin, dass eine Verlagerung des Parkens in die Naturgebiete bei der Planung mit berücksichtigt werde.

Herr Gilson ist ebenfalls der Meinung, dass durch die Schaffung der Bewohnerparkzone eine erhebliche Verbesserung der Situation für die Anwohner herbeigeführt wird.

Auf die von Herrn Knörzer gestellte Frage, inwieweit eine Koordination mit dem geplanten Parkhausneubau sowie dem Parkhaus an der Forckenbeckstraße erfolge erläutert sie, dass bereits heute für die jetzige Parkfläche seitens der APAG ein Angebot zur Anmietung von Dauerparkflächen bestehe und dies auch künftig der Fall sein wird.

Herr Krenkel zweifelt die Aktualität der dargestellten Zahlen an, da die Erhebung aus dem Jahr 2015 stamme und vertritt die Auffassung, dass das Parkproblem durch den Neubau des Parkhauses behoben sei.

Zu der von Frau Pütmann gestellten Frage wie hoch die Auslastung der Parkplätze im benachbarten Bereich der Bebauung durch die GeWoGe sei konnten keine Angaben gemacht werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für die in ihrer Zuständigkeit liegenden Straßen eine Planung der Bewohnerparkzone „Kullen“ zu erstellen und diese in einer Bürgerinformationsveranstaltung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	Ablehnung:	Enthaltung:
8	1	2

zu 11 Sachstand Fußwegeverbindung Laurensberger Straße - Karl-Friedrich-Straße zur Verbesserung der Anbindung des Ortsteils Grünenthal an den ÖPNV

Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Richterich vom 15.04.2019

Anschluss Grünenthal an den ÖPNV

Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Richterich vom 31.01.2019

Vorlage: FB 61/1233/WP17

Ohne Aussprache fasst die Bezirksvertretung Laurensberg folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Planung der Fußwegeverbindung zur besseren Anbindung des Ortsteils Grünenthal an den ÖPNV nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	Ablehnung:	Enthaltung:
Einstimmig	--	--

zu 12 Sachstand Radschnellweg Euregio

Vorlage: FB 61/1271/WP17

Ohne Aussprache fasst die Bezirksvertretung Laurensberg folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig	Ablehnung:	Enthaltung:-----
------------------------	------------	------------------

zu 13 Behandlung von Anträgen

Der Antrag der Fraktion Die Grünen in der Bezirksvertretung Laurensberg vom 11.9.2019 „Ökologische Aufwertung von öffentlichen Grünflächen“ wurde als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift als Datei beigefügt.

Beschluss:

Der Antrag wurde angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig Ablehnung: Enthaltung:-----

zu 14 Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

hier: Sitzungstermine der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg im Jahr 2020

Vorlage: BA 5/0100/WP17

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

Auf die in der Vorlage vom 07.08.2019 festgelegten Sitzungstermine für das Jahr 2020 wird verwiesen.